



Interviews

19. Februar 2024

Markus Söder, CSU-Vorsitzender, Ministerpräsident Bayern, im Gespräch mit Moritz Küpper

Moritz Küpper: In diesem Brandbrief heißt es, es sei eine Minute vor zwölf, es stehe nichts weniger auf dem Spiel als die Rettung des deutschen Mittelstandes. Adressiert war beziehungsweise ist das Ganze an die Ministerpräsidenten. Einer von ihnen, nämlich aus dem Süden, ist nun am Telefon: Markus Söder, der CSU-Vorsitzende und bayerische Ministerpräsident. Guten Morgen!

Markus Söder: Guten Morgen! – Grüß Gott.

Küpper: Herr Söder, beeindruckt Sie dieser dramatische Rettungsruf?

Söder: Ja, klar! Aber leider werden mit dem Gesetz nicht die Probleme gelöst, die Deutschland hat. Das ist ja letztlich ein Gesetzchen. Die Wahrheit ist, wir haben von bayerischer Seite viel mehr gefordert, wo übrigens kein einziges Land mitgegangen ist. Wir wollten eine viel größere Entlastung, eine echte Unternehmenssteuerreform, die Aufhebung auch der Erhöhung der Steuer für Gastro beispielsweise, Einführung von degressiver AfA und der Abbau des Soli zum Beispiel. Da gab es weder bei den CDU-, noch vor allem bei den SPD-Ländern irgendeine Bereitschaft, das zu machen. Darum haben wir jetzt diesen Minimalkompromiss, der ja auch deswegen so schwierig ist, weil der Bund ein Gesetz beschlossen hat, einfach zu Lasten der Länder, ohne mit ihnen vorher zu reden. Jetzt werden wir mal sehen, ob es möglich ist. Wichtig wäre jetzt, dass der Agrardiesel, diese ungerechtfertigte Benachteiligung der Landwirtschaft noch beseitigt wird. Dann kommen wir schon zusammen. Aber das kann wirklich nur ein kleiner Trippelschritt sein. Es bräuchte viel, viel mehr.

Küpper: Aber selbst für diesen kleinen Trippelschritt schreiben jetzt 18 Wirtschaftsverbände diesen Brandbrief, diesen dramatischen Appell, und Sie wollen nur diesen minimalen Kompromiss. Warum sagen Sie nicht einfach Ja?

Söder: Ich möchte viel, viel mehr. Das habe ich gerade gesagt.

Küpper: Aber das wäre ein erster Schritt. Vielleicht kann man am Ende dann mehr wollen.

Söder: Deswegen wäre ja auch so wichtig, dass der Bund den geländegängig macht, diesen ersten Schritt, und dass auch SPD-Länder alle mitmachen, beispielsweise Niedersachsen oder Mecklenburg-Vorpommern.

Küpper: Aber an Bayern wird es dann im Vermittlungsausschuss nicht scheitern?

Söder: Wenn das zum Thema Agrardiesel noch geklärt ist, dann nicht. Aber der Agrardiesel, das muss noch geklärt werden. Man muss überlegen: Der Bund macht, während wir in einem Gesetzgebungsverfahren sind, das Steuern senken soll, zwei Steuererhöhungen, für die Gastronomie die Steuererhöhung, die Erhöhung der Mehrwertsteuer, wie Sie wissen, von 7 auf 19 Prozent, und die Steuererhöhung beim Agrardiesel. Das ist ja alles von vorne bis hinten kontraproduktiv. Dort liegt ja auch das Grundproblem in dieser ganzen Entwicklung, dass es kein ernsthaftes Wirtschaftskonzept gibt. Das Wirtschaftskonzept der Regierung, vor allem des Bundeswirtschaftsministers, basiert auf Subventionen und Schulden und wir bräuchten eher ein Energiekonzept, das niedrige Energiepreise hat, zum Beispiel mit mehr Kernenergie, mit niedrigeren Steuern statt höheren. Und der Punkt ist noch wichtig: schlanker Staat. Die Ausuferungen beim Bürgergeld beschweren und belasten die Wirtschaft zusätzlich.

Küpper: Aber die Regierung muss sparen. Das wissen wir alle. Wir wissen alle um die schwierigen finanziellen Verhältnisse. Und wenn Sie jetzt sagen, diese Agrardiesel-Rücknahme, die ja aus Spargründen erst auf den Weg gebracht wurde, das ist eine Grundvoraussetzung, begeben Sie sich dann nicht doch in parteitaktische Spielchen?

Söder: Nee! – Schauen Sie, sie könnten ja das Heizgesetz streichen, das ohnehin null Akzeptanz hat und für viele Menschen auch wenig Sinn macht. Dann haben Sie riesige Beträge. Sie könnten an einer völlig verfehlten Kindergrundsicherung, die nur Bürokratie aufbaut, sparen und, wie angesprochen, beim Bürgergeld, exorbitante Kostensteigerungen. Das ging alles!

Und wissen Sie, was beim Agrardiesel die eigentliche Absurdität war? – Der Haushaltsausschuss hat, Sie erinnern sich, noch in seiner Bereinigungssitzung am Ende noch mal drei, vier Milliarden „gefunden“ und anstatt dann diese wirklich tiefe Wunde zu beseitigen, hat man dann mit dem Geld was anderes gemacht. Es ist einfach so, dass Teile der Ampel ganz bewusst nicht wollen und auch diesen Konflikt und die Benachteiligung der Landwirtschaft wollen. Jetzt besteht die Chance zur Heilung und die sollte man nutzen.

Küpper: Aber die Regierung, Sie sprechen es an, ist ein Stück weit blockiert. Es ist schwierig dort mit diesen drei Partnern. Jetzt gibt es dieses eine Gesetz, auch wenn Sie sagen, es ist ein Trippelschritt, aber es wäre ja ein Schritt. Warum geht man den nicht einfach mal als Opposition auch mit, in Verantwortung zu unserem Land?

Söder: Die Verantwortung ist ja da. Sie haben völlig recht. Aber schauen Sie: Die Kernverantwortung liegt ja zunächst mal bei der Regierung.

Küpper: Klar!

Söder: Sie haben in Ihrer Frage das sehr gut beschrieben. Die Regierung ist eigentlich nicht mehr regierungsfähig, weil sie sich zum Teil gegenseitig blockiert. Ein echtes Problem, das ist auch bei der Sicherheitskonferenz aufgefallen. Keiner weiß so recht, wohin geht Deutschland, jeden Tag ein neuer Streit, jetzt zum Beispiel die Bezahlkarte. Da hat man lange verhandelt und hat jetzt ein mögliches Ergebnis. Der Bund hat aber gesagt, er will noch mal darüber reden, über das Thema Agrardiesel. Jetzt sollten sie sich einen letzten Schubs geben und schon haben wir eine perfekte Lösung. Es ist jetzt auch mal an der Zeit der Bundesregierung, ihre endlosen Streitigkeiten zu beseitigen und Vernünftiges zu tun, anstatt immer in diesen ideologischen Nischen und Fallen hocken zu bleiben.

Wie gesagt, wir Bayern wollten viel mehr Entlastung. Wir waren da übrigens echt allein. Beispielsweise auch beim Soli, beispielsweise Unternehmenssteuer, bei der Gastro, wir waren da immer allein. All diese Dinge werden uns übrigens in diesem Jahr noch massiv schaden. Es kommt ja nicht von ungefähr, dass nichts vorangeht. Mit diesem Gesetzchen werden wir vielleicht eine kleine Linderung haben, aber keine Heilung für die deutsche Wirtschaft. Der Bund kann das jetzt möglich machen. Er braucht aber viel, viel, viel mehr an neuer Wirtschaftspolitik. So wird es nicht funktionieren.

Küpper: Aber Linderung wäre doch schon mal was. Jens Spahn (CDU), der Fraktionsvorsitzende, sagt, jede verlorene Woche kostet Wohlstand. Man kann doch jetzt diesen Trippelschritt einfach gehen und die anderen Dinge auch. Sie beschreiben ja selber die Regierung, und wenn ich Sie richtig verstanden habe in anderen Interviews, die wir hier geführt haben, waren Sie vor einigen Monaten der Meinung, dass man vielleicht doch eine Große Koalition probieren kann, aber dass diese Zeit jetzt auch abgelaufen ist. Das heißt, wir müssen ja irgendwie mal ins Handeln kommen.

Söder: Ja, ja, klar! Die Regierung handelt nicht und dann sind die Probleme auf dem Tisch. Sie haben völlig recht.

Küpper: Dann braucht es die Hilfe der Opposition, auch die hat eine Verantwortung.

Söder: Das bringt ja nichts, wenn Sie mir jetzt fünfmal die gleiche Frage stellen und ich Ihnen fünfmal die gleiche Antwort gebe.

Küpper: Ich versuche, Sie nur zu verstehen.

Söder: Ich finde, ich war sehr verständlich, und verständlich heißt in dem Fall, es ist ein kleiner Kompromiss auf dem Tisch, wo ohnehin noch die Hälfte mault, weil die meisten Länder kein Geld haben, außer vielleicht einige wenige wie der Freistaat Bayern, die das auch bewusst machen wollen. Das zweite ist: Jetzt muss aber die Frage des Agrardiesels noch geklärt werden. Das ist eine minimale Sache. Dann sind wir durch. Die Bundesregierung kann das jetzt geländegängig machen. Wir haben das ausgestreckt. Im Moment wird sie nicht genommen vom Bund, aber es ist ja noch Zeit bis Mittwoch.

Küpper: Die Wirtschaft sagt selbst auch, sie würde in diesem Gesetz ein erstes Zeichen der Zuversicht sehen, vielleicht auch einen Weg der Besserung.

Söder: Ich glaube nicht, dass dieses Gesetz eine ernsthafte große Verbesserung bringt, sondern wenn wir zum Beispiel nicht endlich eine andere Energiepolitik haben mit deutlich niedrigeren Energiepreisen, werden wir kaum eine Chance haben, wettbewerbsfähig zu sein. Das hat die Sicherheitskonferenz, die jetzt am Wochenende war, auch gezeigt. Wir fallen zurück, jeden Tag mehr, und andere legen zu. Deswegen werden diese kleinen Gesetze nicht helfen.

Das gleiche gilt für die Reform des Bürgergeldes. Wenn die weiter in diesen Dimensionen da ist und zu wenig Anreize zur Arbeitsaufnahme bringt, dann werden wir nicht erfolgreich sein. Es braucht schon eine umfassende Veränderung und de facto, jedenfalls nach meiner Überzeugung, bräuchte es schlicht und einfach einen Regierungswechsel oder eine neue Konstellation der Regierung. So in dieser Blockadegruppe der Ampel wird das nicht funktionieren.

Küpper: Hat es Sie eigentlich überrascht, dass Bijan Djir-Sarai, der FDP-Generalsekretär, am Wochenende öffentlich von Schwarz-Gelb geträumt hat?

Söder: Nein! Das ist aus Sicht der FDP sicherlich verständlich. Aber die FDP hat sich ja für einen anderen Weg entschieden. Die FDP hat sich ja bewusst entschieden, eine Ampel statt Jamaika zu probieren. Jetzt muss sie sich der Verantwortung stellen. Aber in der Tat gibt es zwischen dem FDP- und dem Unionsprogramm viel mehr Gemeinsamkeiten als jetzt möglicherweise zwischen einem FDP-Programm und den Grünen. Das einzige was die beiden Parteien im Moment wirklich aus großer Überzeugung machen ist eine Erlaubnis von Cannabis, wo übrigens auch alle Länder-Innenminister dagegen sind. Auch das übrigens nebenbei ein Punkt in diesen ganzen absurden Situationen. Der Bund macht ein Gesetz, wo alle Experten dagegen sind, aber das wird durchgedrückt. So werden wir in Deutschland nicht vorankommen, definitiv nicht.

Küpper: Nehmen Sie denn diese Avancen der Liberalen ernst, weil Schwarz-Grün haben Sie ja definitiv ausgeschlossen?

Söder: Aus meiner Sicht ist Schwarz-Grün ein Fehler. Die Grünen zeigen sich aus Sicht vieler, vieler Unions- und bürgerlicher Wähler als nicht regierungsfähig an. Das war bei uns in Bayern so, das gilt auch aus meiner Sicht in Berlin. Man sollte den Grünen keine Verlängerung anbieten, denn für einen Großteil der Menschen wird der ideologische Kern der Ampel bestimmt von den Grünen. Deswegen halte ich Schwarz-Grün für absolut falsch und auch für nicht sinnvoll. Man braucht eine Initiative. Da wäre Schwarz-Gelb sicherlich die deutlich klarere Alternative.

Küpper: Friedrich Merz, der CDU-Parteichef, ist nicht ganz so deutlich hinsichtlich Schwarz-Grün, auch wenn er viele Kritikpunkte, die Sie gerade geäußert haben, sicherlich teilt. Muss es daher im Hinblick auf die Glaubwürdigkeit der Union im kommenden Bundestagswahlkampf im gemeinsamen Wahlprogramm einen Ausschluss von Schwarz-Grün geben aus Ihrer Sicht?

Söder: Ich glaube nicht, dass man so was in ein Wahlprogramm reinschreibt, sondern das ist eine klare strategische Ausrichtung. Für uns als CSU ist jedenfalls sehr klar, wir halten Schwarz-Grün für keine gute Option. Das mag in manchen Bundesländern gut funktionieren. Es steht mir auch nicht zu, das zu bewerten, sage ich ausdrücklich. Wenn das in NRW gut funktioniert, weil es dort auch keine andere rechnerische Option gegeben hat, dann ist das sicherlich eine sehr sinnvolle Variante. Die Hessen hatten die Möglichkeit, die Berliner hatten die Möglichkeit; beide haben sich definitiv gegen Grün entschieden, weil am Ende führt das immer dazu, mit wem die Grünen koalieren, der wird am Ende schwächer werden, weil die Grünen ihr Programm, ihre Ideologie immer wieder durchdrücken. Deswegen ist Grün auf Dauer für Deutschland nicht gut.

Küpper: Herr Söder, zum Abschluss: Heute kommen in Berlin die Gremien der CDU zusammen. Zu Gast ist Ursula von der Leyen, die EU-Kommissionspräsidentin. Es wird erwartet, dass sie ihre Bereitschaft für eine Kandidatur, für eine zweite Amtszeit erklärt. Sie haben sich auch für von der Leyen ausgesprochen. Dennoch: Es gibt auch in der Union durchaus Kritik an ihr, sie mache zu viel grüne Politik. Wie passt das alles zusammen zu den Sätzen, die Sie gerade gesagt haben?

Söder: Ursula von der Leyen ist eine erfolgreiche Kommissionspräsidentin und es wäre für Deutschland ein Unsinn und ein wirklicher Fehler, wenn wir eine Deutsche an der Spitze der EU-Kommission nicht unterstützen würden. Meine und unsere Unterstützung hat sie. Die offizielle Nominierung findet ja im Rahmen der Europäischen Volkspartei statt. Jetzt wird sie heute von ihrer Partei, der CDU, davon gehe ich mal aus, nominiert werden. Dann in Bukarest Anfang März, das werden wir unterstützen. Sie hat auch gerade in den letzten Monaten etliche Dinge in eine andere Richtung bewegt, denken Sie an die Rücknahme des kompletten Pflanzenschutzmittelverbotes, denken Sie beispielsweise auch beim Wolf, was in vielen Regionen in Deutschland sehr wichtig ist, dass sie da eine andere Politik macht als Teile der Bundesregierung. Die Kommission ist in der Landwirtschaftspolitik offener, als es die Bundesregierung selbst ist. Ich glaube, sie ist auf einem sehr guten Weg, und vor allem ihr internationales Engagement, auch ihre klare Haltung zur Ukraine und in der großen Welt, die hilft uns allen. Deswegen bin ich für Ursula von der Leyen.

Äußerungen unserer Gesprächspartner geben deren eigene Auffassungen wieder. Der Deutschlandfunk macht sich Äußerungen seiner Gesprächspartner in Interviews und Diskussionen nicht zu eigen.

Äußerungen unserer Gesprächspartner geben deren eigene Auffassungen wieder. Deutschlandfunk macht sich Äußerungen seiner Gesprächspartner in Interviews und Diskussionen nicht zu eigen.